



BÜRGER
FÜR
BÜRGER

Stiftung Bürger für Bürger

Dokumentation

Digitales Abendgespräch

Engagiert in Ostdeutschland

Zivilgesellschaft und Kommunen unter Druck

Im Rahmen der

Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2025

am 23. September 2020, 17:00 bis 18:30 Uhr

Am 23. September 2020 fand das erste Digitale Abendgespräch der Stiftung Bürger für Bürger zum Thema „Engagiert in Ostdeutschland – Zivilgesellschaft und Kommunen unter Druck“ im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2025 statt.



In dem 90-minütigen Gesprächsforum kamen vielfältige Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu Wort. Mehr als 50 Expert*innen diskutierten im Plenum und in digitalen Kleingruppen aktuelle Herausforderungen und wirksame Ansätze zur Engagement- und Demokratieförderung in Ostdeutschland. Moderiert wurde der Abend von **Alexander Thamm.**

Olaf Ebert: Unterschiede zwischen Ost und West bestehen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

Den Auftakt für das Gespräch gab **Olaf Ebert**, geschäftsführender Vorstand der Stiftung Bürger für Bürger, indem er die Herausforderungen der Engagementförderung in Ostdeutschland skizzierte. Auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution seien noch Unterschiede in den Rahmenbedingungen des Engagements zwischen



Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Weiterhin gibt es eine niedrigere Engagementquote als in Westdeutschland, weniger Ansprechpartner*innen für Engagierte vor Ort und viel zu wenig stabile Engagementstrukturen. Daher habe sich die Stiftung mit dieser Veranstaltung entschieden, gemeinsam mit Expert*innen Antworten auf wesentliche Fragen zu suchen: Wo liegen in Ostdeutschland besondere Herausforderungen? Was sind Gelingensbedingungen für gute Engagementförderung? Welche Programme sind geeignet, ausgeweitet zu werden? Und was können wir von ihnen lernen?

Dialog: Entwicklung und Herausforderungen des Engagements im Osten

In einer ersten Runde diskutierten nun **Dr. Anna Christmann** (MdB, Bündnis 90/Die Grünen), **Dr. Holger Krimmer** (ZiviZ gGmbH) und **Stefan Vogt** (Freudenberg Stiftung) gemeinsam über die Entwicklung und Herausforderungen von Engagement in Ostdeutschland.

Dr. Anna Christmann, Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestags sowie Kuratoriumsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger, stellte fest, dass der Fokus auf den Osten große Berechtigung habe, da die Herausforderungen hier spezifisch und strukturell anders sind. Als Beispiele für solche Herausforderungen nannte sie die Akzeptanz von Demokratieförderungsprojekten in der Bevölkerung sowie die fehlende nachhaltige Finanzierung der Infrastruktur zur Engagementförderung.



„Es ist wichtig, dass wir an die Stellen schauen, wo noch nicht von alleine sehr viel Engagement entsteht.“

Anna Christmann
(MdB, Bündnis 90/Grüne)

Aus ihren Gesprächen mit verschiedenen Initiativen in Ostdeutschland beschrieb sie beispielsweise das Bedürfnis vieler gemeinnütziger Vereine und Initiativen, mit Fördergeldern auch Grundlegendes, wie Heizkosten oder dauerhafte Räumlichkeiten zu übernehmen. Momentan unterstützen Fördergelder vor allem eigenständige Projekte, was aber die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs häufig nicht abdeckt. Wichtig seien nun Ideen, um Anreize zu setzen, sowie Strukturen zu schaffen, damit Engagement auch dort entsteht, wo im Moment noch wenig existiert, beispielsweise in kleineren Orten und strukturschwachen Regionen.

„Es ist erstaunlich, dass wir 30 Jahre nach der Wiedervereinigung leider immer noch einen Unterschied zwischen dem Engagement in Ost- und Westdeutschland sehen. Das ist ein Zeichen, das voller politischer Aufmerksamkeit bedarf.“

Anna Christmann
(MdB, Bündnis 90/Grüne)

Dialog: Entwicklung und Herausforderungen des Engagements im Osten

Dr. Holger Krimmer, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Bürger für Bürger und Geschäftsführer der ZiviZ gGmbH (Zivilgesellschaft in Zahlen), konnte anhand erhobener Daten eine angleichende Entwicklung im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements feststellen. Trotzdem bestehe nach wie vor ein Gap in den Engagementquoten. Zu beachten sei, dass Zivilgesellschaften historische Sedimentierungen sind.

„Ich glaube, dass die zentrale Aufgabe sein muss, junge Menschen abzuholen durch Engagementförderung und gute Selbstwirksamkeitserfahrungen im Engagement.“

Dr. Holger Krimmer (ZiviZ gGmbH)



Während viele zivilgesellschaftliche Organisationen der alten Bundesländer schon vor 1945 gegründet worden seien, wurde der Großteil der Strukturen in den neuen Bundesländern erst seit 1990 gegründet. Daher sei klar, dass sich Strukturen nicht einfach von West nach Ost transferieren ließen.

Auch gebe es immer noch große Unterschiede in der engagementfördernden Infrastrukturlandschaft. Beispielsweise gibt es deutlich weniger Bürgerstiftungen und Freiwilligenagenturen im Osten. Auch die finanzielle Ausstattung der Organisationen unterscheide sich stark. So werden gemeinnützigen Organisationen im

Osten im Vergleich zu westdeutschen Organisationen weniger Ressourcen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Diese Ressourcen umfassen zum Beispiel die kostenlose Bereitstellung von Räumen zur Durchführung von Sitzungen oder Veranstaltungen. Bundesweit geben 72 Prozent aller Organisationen an, solche Infrastrukturleistungen zu erhalten, während es im Osten nur 39 Prozent sind.

„Wichtig ist eine starke Beteiligungskultur. Denn nur wenn ich mich beteilige, bin ich auch bereit, Vertrauen in Institutionen zu geben.“

Dr. Holger Krimmer (ZiviZ gGmbH)

Dialog: Entwicklung und Herausforderungen des Engagements im Osten

Stefan Vogt, der in der Freudenberg Stiftung die Initiative Zukunftslabor Ost verantwortet, machte sich für ein stärkeres Engagement von Stiftungen in Ostdeutschland stark. Nur sieben Prozent der bundesweiten Stiftungsmittel fließen demnach nach Ostdeutschland, obwohl 17 Prozent der deutschen Bevölkerung in diesem Raum wohnen. Die Initiative Zukunftslabor Ost soll das Engagement der Zivilgesellschaft in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und somit die Förderwürdigkeit unterstreichen. Ziel der Initiative ist es unter anderem, bundesweite Stiftungen direkt mit ostdeutschem Engagement in Berührung zu bringen.

„Wir wollen gerne dafür sensibilisieren, dass es im Stiftungswesen eine verstärkte Sensibilität für die speziellen Bedarfe in Ostdeutschland gibt.“

Stefan Vogt (Freudenberg Stiftung)

Zudem sei eine verstärkte Sensibilität für ostdeutsche Bedarfe im Stiftungswesen von Nöten. Hier nannte er beispielsweise eine andere Demokratiekultur als im Westen und der Druck, der durch die AfD auf zivilgesellschaftliche Initiativen ausgeübt werde.



Ein weiteres wichtiges Anliegen der Initiative sei es, wegzukommen, von einer Projektlogik und stattdessen vermehrt in Strukturen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu investieren, um die Zivilgesellschaft auf lange Sicht zu stärken. Diese Veränderung der Fördermaßnahmen hin zur nachhaltigen Strukturförderung teilt auch Olaf Ebert als wichtiges Ziel der geplanten Engagementinitiative Ostdeutschland.

„Wichtig wäre, aus dieser Logik von Förderer und Gefördertem herauszukommen. Zu sagen: Wir haben ein gemeinsames Anliegen und jeder gibt eine Ressource hinein.“

Stefan Vogt (Freudenberg Stiftung)

„Uns ist es ein wichtiges Anliegen, weniger in die Projekte zu investieren, sondern mehr in die Strukturen.“

Stefan Vogt (Freudenberg Stiftung)

Austausch: Problemidentifikation, Handlungsfelder und Wille zur Kooperation

In einer anschließenden Runde konnten die Teilnehmenden ihre Fragen und Gedanken einbringen. Von verschiedenen Seiten wurde bestätigt, dass es bisher im Osten deutlich weniger Förderung im Bereich Engagement gebe als in Westdeutschland und das Stiftungsengagement geringer ausfalle. Daher wurde sowohl der neue Fokus der Stiftung Bürger für Bürger als auch der Veranstaltung auf strukturelle Engagementförderung in Ostdeutschland positiv hervorgehoben. In der großen Runde der Expertise-träger*innen konnten noch weitere Herausforderungen der Ist-Situation identifiziert werden:

Pascal Begrich (Miteinander e.V. aus Sachsen-Anhalt) unterstrich die Wichtigkeit von **Anerkennung und Sichtbarmachen** von bereits bestehendem Engagement, das oftmals noch nicht genug wahrgenommen werde. Insbesondere in Bezug auf das Engagement für Demokratie muss sich die Gesellschaft zudem mehr solidarisieren, da kleinere Initiativen häufig Angriffen ausgesetzt sind.

Karen Leonhardt (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.) sprach darüber, dass Organisationen oftmals der Wille fehle, miteinander und transparent zu arbeiten. Diese **mangelnde Kooperationsbereitschaft** liege darin begründet, dass die Ressourcen oft knapp seien und man somit am liebsten nur die eigene Organisation unterstütze. Auch hier könne eine stärkere Investition in Engagementnetzwerke hilfreich sein. Ähnliches sprach auch Anna Christmann an, die einen „Kampf“ der verschiedenen Vereine und Initiativen um die wenigen Engagierten beobachtet. Die Bekanntmachung und Anerkennung der verschiedenen Engagementformen ist somit nicht zu vernachlässigen.

Ein weiteres wichtiges Thema der Veranstaltung war das **Jugendengagement**. Jugendliche müssen durch gezielte Engagementförderung angesprochen werden, sodass sie erfolgreiche Selbstwirksamkeitserfahrungen machen können und sich langfristig ehrenamtlich beteiligen, unterstrich Holger Krimmer. Dem schloss sich auch **Ana-Maria Stuth** (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung) an, die sich wünschte, dass Einzelinitiativen stärker kooperieren, um schlagkräftiger zu werden, anstatt nebeneinander zu existieren. Zur Diskussion gestellt wurde auch, ob die klassischen Infrastruktureinrichtungen die Jugend ausreichend im Blick haben.

Darüber hinaus wurde über die **Unterschiede im Engagement verschiedener gesellschaftlicher Gruppen** diskutiert. Zum einen spielten laut Anna Christmann auch Kategorien wie das Alter oder der Bildungsgrad eine Rolle, da sich Menschen je nachdem unterschiedlich engagieren. Gleichzeitig gebe es große Unterschiede zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum. Die Engagementförderung dürfe nicht nur bestehende Projekte unterstützen, sondern müsse sich verstärkt auch dafür einsetzen, im ländlichen Raum Strukturen zu schaffen, da es diese dort häufig noch nicht gebe. Auch **Sandy Jahn** (Initiative d21 e.V.) betonte die Beachtung des Kontextes im Engagement verschiedener Bevölkerungsgruppen. So verhindere im ländlichen Raum zum Beispiel die eingeschränkte Mobilität insbesondere älterer Bevölkerungsschichten viel Engagement. Dies müsse auch von der Engagementförderung berücksichtigt werden. **Mika Kaiyama** (Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt – LAMSA – e.V.) machte zudem auf die Verhinderung von Engagement marginalisierter Minderheiten und die Herausforderungen von Migrant*innenselbstorganisationen in Ostdeutschland aufmerksam.

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

In der nächsten Gesprächsrunde stellte **Jan Holze**, Vorstand der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), die neugegründete Stiftung vor und zeigte auf, wie diese die Belange ostdeutscher Initiativen unterstützen könne. Die Stiftung hat die Aufgabe der Stärkung und Förderung des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Die DSEE versteht sich als Unterstützungsinstrument für die Zivilgesellschaft. Daher lud Jan Holze die Teilnehmenden ein, mit Anliegen und konkreten Ideen auf die neugegründete Stiftung zuzukommen. Die Stiftung befinde sich momentan in einem Zustand der Feldforschung und sei gerne bereit, Impulse aufzunehmen. Für Initiativen wie die geplante Engagementinitiative Ostdeutschland sei man dankbar und erhoffe sich, dass sie von vielen getragen wird.



Kleingruppen vertiefen Themenschwerpunkte

Um den Teilnehmenden die Chance zu geben, sich auszutauschen und bereits angerissene Themen zu vertiefen, wurden in einer nächsten Einheit thematische Schwerpunkte in Kleingruppen weiter diskutiert. Moderiert wurden diese Gruppen durch folgende Expert*innen aus der ostdeutschen Zivilgesellschaft.

- **Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt:** Jan Holze, DSEE
- **Engagement-Infrastruktur:** Karen Leonhardt, Freiwilligen-Agentur Halle
- **Engagierte Stadt:** Dr. Lilian Schwalb, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- **Junges Engagement in Ostdeutschland:** Ines Callsen, Stiftung Bürger für Bürger
- **Migrant*innenorganisationen:** Mika Kaiyama, LAMSA

Im Hauptforum verblieb **Olaf Ebert** für alle Fragen zur Stiftung Bürger für Bürger. Anschließend wurden die Ergebnisse in einem offenen Forum zusammengetragen.

Eine Frage, die aufgeworfen wurde, ist, was wir alles unter Engagement-Infrastruktureinrichtungen verstehen und ob diese im ländlichen Raum überhaupt gebe. **Karen Leonhardt** (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.) regte in diesem Zusammenhang an, die Regionalisierung von bereichsübergreifenden Engagementnetzwerken kontinuierlich zu fördern sowie gute Beispiele und Erfahrungen zu teilen. Auch **Andreas Bläse** (DLRG) machte ebenfalls auf die Breite bürgerschaftlichen Engagements aufmerksam, die oftmals schwer zu fassen sei. Daher schlug er eine Clusterung von Engagementformen vor, von der sich gezieltere Fördermaßnahmen ableiten ließen.

Die Frage, ob es ausreiche, Geld in den Osten zu geben, wurde in einer weiteren Gruppe diskutiert. Auch hier kamen die Teilnehmenden zu dem Schluss, dass finanzielle Förderung zwar eine Voraussetzung sei, aber die Schaffung eines „Mindsets“ für bürgerschaftliches Engagement ebenfalls mehr Unterstützung brauche.

Das erstmals erprobte digitale Dialogformat fand bei den Teilnehmenden guten Anklang. Die Stiftung Bürger für Bürger versteht dies als Auftakt für weitere Dialoge im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2025, auf die Olaf Ebert abschließend einen Ausblick gab.

Impressum:

Stiftung Bürger für Bürger

Olaf Ebert (V.i.d.S.d.P.)

E-Mail: o.ebert@buenger-fuer-buenger.de

Telefon: 0345 / 688 93 757

Mobil: 0179 / 78 77 912

Bernburger Straße 4

06108 Halle (Saale)

www.buenger-fuer-buenger.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.